

Mit aller Kraft für Brandenburg

Beschluss der Fraktionsklausur, 19. April 2010

1. Bilanz der ersten Monate von Rot-Rot

Die Arbeit der ersten rot-roten Koalition hat begonnen – mit Tatkraft und Engagement. Im Rückblick auf das erste halbe Jahr stellen wir fest: Sie führt in die richtige Richtung. Wir vertrauen der eigenen Kraft, wir setzen auf das Engagement aller Brandenburgerinnen und Brandenburger. Gemeinsinn und Erneuerung sind tragfähige Leitgedanken einer sozialen Modernisierung unseres Landes. Das Kabinett arbeitet an den notwendigen Entscheidungen, im Landtag stellen die Koalitionspartner eine breite, aktive Basis für diese neue Politik. Dabei stellen die Fraktionen von Linkspartei und SPD ihre deutliche Mehrheit nicht um jeden Preis gegen die Opposition, sondern arbeiten offen und aufgeschlossen mit den drei Oppositionsparteien zusammen. Gemeinsame Anträge – sei es auf Initiative der Koalition oder der Opposition – sind keine Ausnahme. Von 37 Anträgen der SPD und der LINKEN (Stand: 15. März 2010) sind rd. ein Drittel (12) gemeinsam mit einer oder allen Oppositionsfraktionen eingebracht worden. Bei diesem Vorgehen soll es bleiben. In einem längeren Abstimmungsverfahren wurde die Geschäftsordnung des Landtages unter Berücksichtigung von 20 Jahren Parlamentsarbeit grundlegend überarbeitet. Wir stehen auch hier für eine neue politische Kultur. So tagen die Ausschüsse jetzt öffentlich, es gibt Regelungen für die Durchführung von Sondersitzungen und auch für die mögliche Abwahl von Vorsitzenden; das Verfahren bei Unterrichtung durch die Landesregierung wird ausgestaltet

Am 30. März fand die erste Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses in der Kreisverwaltung Uckermark statt. Die Initiative dafür ging von unserem Ausschussvorsitzenden aus.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger messen die Politik im Lande vor allem an den Wirkungen auf die Arbeitsplätze und auf den Arbeitsmarkt. Gerade linke Wirtschaftspolitik zielt darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität eine untrennbare Einheit bilden. Es geht darum, dass die Stärken des Landes weiter gekräftigt, zugleich aber auch die Schwächen reduziert werden.

Der Umbau der Wirtschaftsförderung ist in diesem Sinne in Gang gekommen. Die Koalitionsfraktionen haben mit einem Antrag im Landtag (DS 5/446) den Weg dafür frei gemacht, die Ergebnisse der Evaluation der Regionalen Wachstumskerne (RWK) gerecht zu bewerten und den Evaluationsprozess verstetigen. Die Evaluierung der Regionalen Wachstumskerne und der Branchenkompetenzfelder werden wir weiter engagiert begleiten. Weitere Anträge zielten darauf, die Übernahme von Garantien auf die Kreativwirtschaft im Landeshaushalt zu erweitern sowie Innovation und Kreativität im Mittelstand nachhaltig zu unterstützen (DS 5/510).

Gemeinsam mit dem rot-roten Senat in Berlin kämpft Brandenburg für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn. Beide Länder werden eigene Gesetze über Lohnuntergrenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erlassen. Das brandenburgische Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten hat bereits entsprechende Eckpunkte vorgelegt, mit denen die Festlegung im Koalitionsvertrag umgesetzt werden soll, die Vergabe öffentlicher Aufträge im

Land an soziale Standards und die Bezahlung wenigstens auf Mindestlohniveau zu binden. In den Koalitionsverhandlungen war es gelungen, die SPD für den Aufbau eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zu gewinnen. Seither arbeiten beide Partner mit großem Engagement an dieser Aufgabe. Die inhaltlichen Vorarbeiten haben bereits die Endphase erreicht; im zu beschließenden Landeshaushalt 2010 sind alle finanziellen Voraussetzungen dafür gegeben. Damit ist ein Start zur Jahresmitte möglich. Noch in diesem Jahr können damit ca. 1200 Existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige und überjährig wirksame Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.

Gemeinsinn und Erneuerung in Brandenburg setzen voraus, dass das Land einen nachhaltigen Entwicklungspfad beschreitet. Deswegen zielte ein Antrag der Koalitionsfraktionen darauf, angesichts der Gegenmanöver der Bundesregierung die Solarwirtschaft in Brandenburg zu sichern (DS 5/447). Der Landtag verabschiedete eine Erklärung zum Verzicht des Bundesministers für Verteidigung auf die Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide als Luft/Boden-Schießplatz (DS 5/135). Und die Koalitionsfraktionen stellten die Weichen für ein Programm für die Fortschreibung der Strategien für Klimaschutz und Energie des Landes Brandenburg (DS 5/625). Mit einem Entschließungsantrag (DS 5/451) zum Entwurf eines Gesetzes zum mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung in Brandenburg wurde eine Bundesratsinitiative zur Ergänzung der Rohstoffsicherungsklausel im Bundesberggesetz um ökologische und soziale Kriterien initiiert. Die Koalitionsfraktionen hatten sich in einem Antrag dafür ausgesprochen, erneut einen Nachhaltigkeitsbeirat zu berufen. Das ist inzwischen geschehen. Der Beirat beim Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz wird bei der Erarbeitung und bei der Diskussion der Nachhaltigkeitsstrategie eine zentrale Rolle spielen.

Brandenburg drängt auf einen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit der CCS-Technologie – nicht, um Vattenfall einen Gefallen zu tun, sondern weil die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung auch in diesen Fragen eine solide und belastbare gesetzliche Grundlage braucht. Ohne eine solche Basis sind die hohen Anforderungen, die die Koalitionspartner vereinbart haben, nicht verlässlich umzusetzen. Das betrifft vor allem die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen und –voraussetzungen wie den Ausschluss des Übergangs der Risiken auf die öffentliche Hand.

Brandenburg muss zudem dafür sorgen, dass es nicht nur die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise mildert und gerecht bewältigt, sondern dass auch über die Landesgrenzen hinaus die nötigen Schlussfolgerungen gezogen und umgesetzt werden. Darauf zielt der gemeinsam beschlossene Antrag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (DS 5/594). Zudem setzt sich das Land auf Initiative von Finanzminister Markov (DIE LINKE) für das Verbot des außerbörslichen Handels mit hochspekulativen Verbriefungen und Optionen ein.

„Gute Bildung für alle von Anfang an“ gehört zu den Schlüsselprojekten der Koalition der LINKEN und der SPD. Priorität hat dabei die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kindertagesstätten für die 0- bis 3-Jährigen von einer Erzieherin für sieben Kinder auf sechs und für die über Dreijährigen von 1 zu 13 auf 1 zu 12. Daher haben die Koalitionsfraktionen die Landesregierung beauftragt, bis Mai eine Änderung des Kita-Gesetzes vorzulegen, das ab dem 1. September gelten soll. Für diese Maßnahmen werden im Haushalt für 2010 über 13 Millionen Euro und ab 2011 zusätzlich 35 Millionen Euro bereitgestellt. Bis zu 1.000 neue Kita-Erzieherinnen und Erzieher können damit in den kommenden Jahren von den Kommunen und den Freien Trägern eingestellt werden – ohne dass ihnen zusätzliche Kosten entstehen. Im Gegensatz zur jetzigen Regelung übernimmt das Land für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels nicht nur 84 Prozent, sondern 100 Prozent der Kosten.

Im gesamten Land Brandenburg sollen mit Beginn des neuen Schuljahres Kinder von Hartz-IV-Empfängern unentgeltlich an der Schülerbeförderung teilnehmen können. Das ist das Ergebnis eines Entschließungsantrages von LINKEN und SPD (Drs. 5/494), in Reaktion auf einen Antrag der FDP. Damit versucht die Koalition Kindern aus Familien, die von Sozialleistungen leben müssen, bessere schulische Entwicklungsmöglichkeiten und mehr Chancengleichheit einzuräumen.

Während des Bildungsstreiks der Studierenden im Herbst 2009 hat die Koalition aus SPD und

LINKE mehrfach Gespräche mit den Streikenden geführt. Sie wird im Rahmen der jetzigen Möglichkeiten versuchen, die berechtigten Forderungen umzusetzen. Dazu gab es einen Antrag beider Fraktionen auf der 6. Landtagssitzung sowie eine Aktuelle Stunde unserer Fraktion zum Thema Bildungstreik. Eine Bilanz des Bologna-Prozesses in Brandenburg, eine Überprüfung der neuen Studiengänge, eine Forcierung des Teilzeitstudiums wird in Angriff genommen. Eine Anpassung des BaföG ist dringend geboten – sowohl in den Fördersätzen als auch in Bezug auf die neuen Studiengänge. Punkte wie Demokratisierung oder die Abschaffung der Rückmeldegebühr stehen auf unserer Agenda. Die Bilanz des Bologna-Prozesses soll noch 2010 erfolgen, wir wollen hier Studierende und Lehrende, Gewerkschaften und Experten – also alle hochschulpolitisch relevanten Gruppen beteiligen. Auch dieses gemeinsame Suchen nach Lösungen ist ein neuer Weg dieser Koalition. Wir nehmen die protestierenden jungen Menschen ernst und greifen ihre Forderungen auf. Aus dem Bericht aus dem ersten Quartal und aus der Bilanz soll eine Novellierung des Hochschulgesetzes folgen.

SPD und LINKE haben mit einem Entschließungsantrag das Anliegen der Volksinitiative „Musische Bildung für alle“ aufgegriffen, die hohe Qualität der musikalischen Erziehung an Musikschulen zu sichern und fortzuentwickeln und den Kreis der davon profitierenden Kinder und Jugendlichen kontinuierlich zu erweitern. Auf der Grundlage einer Evaluation der Arbeit der Musikschulen bis Ende 2010 soll das Musikschulgesetz novelliert werden. Vor allem sollen mit einer zusätzlichen Landesförderung in Höhe von 1,3 Mio. Euro die sozialen Aspekte der Musikschularbeit betont und entsprechende Projekte wie die musisch-künstlerische Ausbildung für sozial benachteiligte Kinder sowie der Ensembleunterricht und die Talentförderung an den Musikschulen verbessert werden. Diese Mittel sind trotz der überaus angespannten Haushaltssituation zusätzlich in den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur eingestellt worden, ohne dass andere Kulturprojekte darunter leiden mussten.

Mit einem Entschließungsantrag (Drs. 5/332) hat die Koalition ein wichtiges Vorhaben zum Parlamentsbeschluss erhoben: „Starke und leistungsfähige Brandenburger Städte, Gemeinden und Landkreise – Kommunale Selbstverwaltung stärken“. Der Landtag bekannte sich damit zu einer öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Kommunen und eine hochwertige Versorgung mit wichtigen Dienstleistungen, die für die Brandenburgerinnen und Brandenburger in allen Landesteilen dauerhaft zugänglich und bezahlbar bleiben soll. In der Aktuelle Stunde am 19.11.2009 zu den Steuerplänen der Bundesregierung haben wir aber auch deutlich gemacht, dass Land und Kommunen die geplanten Steuersenkungen nicht bezahlen können.

Die Koalition hat sich dazu bekannt, den Stadtumbau Ost auf hohem Niveau und mit neuen Akzenten fortzusetzen (Drs. 5/627)

Ein wesentliches Projekt der Koalition bei der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ist der Gesetzentwurf zur Zusammenführung der Zuständigkeit für die Datenschutzaufsicht bei der Landesdatenschutzbeauftragten. Damit wird der rasanten technischen Entwicklungen und den stark wachsenden Überschneidungen der Aufsichtsbereiche des nicht-öffentlichen und des öffentlichen Bereiches Rechnung getragen. Erstmals ist auch eine Kontrolle von Verfahren und Systemen beim E-Government vorgesehen. Der Datenschutz in Brandenburg wird insgesamt gestärkt und bürgerfreundlicher.

Den Rechten von Menschen mit Behinderung widmen wir in allen Belangen stets unsere Aufmerksamkeit.

Auf unsere Initiative hat sich der Landtag im Januar 2010 klar dafür entschieden, „Öffentliche Sicherheit durch eine bedarfsgerechte Personal- und Strukturplanung der Polizei (zu) gewährleisten“. Damit wurde auch klar gestellt, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in *allen* Regionen des Landes zu gewährleisten ist.

Bereits von den ersten Tagen der Arbeit der Koalition an haben wir uns für eine menschenwürdige Gestaltung der Bleiberechtsregelung eingesetzt. So hat sich der Landtag schon in der Novembersitzung 2009 für eine Verlängerung der Frist der gesetzlichen Altfallregelung nach § 104 a Abs. 5 S.1 und 2 Aufenthaltsgesetz ausgesprochen. Die Landesregierung wurde aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Regelung einzusetzen, die auch für lange hier lebende, kranke, traumatisierte, alte und/ oder alleinstehende Flüchtlinge, die ihren Lebensunterhalt nicht eigenständig sichern können, eine humanitäre Lösung schafft.

Ein wichtiges Vorhaben wurde in der Dezembersitzung 2009 mit der Aufhebung der „Residenzpflicht“ angepackt. Der Landtag sprach sich für eine Aufhebung der räumlichen Beschränkungen für Asylbewerber und geduldete Ausländer aus. Zudem sollten alle Möglichkeiten für eine Lockerung der räumlichen Beschränkungen, denen Asylbewerber und geduldete Ausländer im Land Brandenburg aufgrund des Asylverfahrensgesetzes und des Aufenthaltsgesetzes unterliegen, ausgeschöpft werden. Auch wird sich, und das ist das wichtigere Signal, die Landesregierung auf Bundesebene für eine Aufhebung der räumlichen Beschränkungen, denen Asylbewerber und geduldete Ausländer unterliegen, einsetzen.

Mit dem Antrag zur Erklärung für ein demokratisches und tolerantes Brandenburg in der Oktobersitzung 2009 hatte sich das Land Brandenburg bereits verpflichtet, entschlossen gegen Extremismus vorzugehen. Mit dem Antrag „Rechtsextremismus konsequent bekämpfen“ am 24. März 2010 wurde die Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterhin als eine Aufgabe von herausragender Bedeutung für das Land Brandenburg beschrieben. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ soll weiter fortgesetzt werden und es erfolgt ein nunmehr jährlicher Bericht und eine Debatte über die Umsetzung des Konzepts „Tolerantes Brandenburg“.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über den aktuellen Fortschrittsbericht hat sich die LINKE dezidiert für einen Neuanfang in den Beziehungen zwischen Brandenburg und Berlin ausgesprochen. Wir haben deutlich gemacht, dass für uns nicht die schnellstmögliche Selbstaflösung beider Länder durch eine Fusion im Mittelpunkt steht, sondern die Entwicklung gemeinsamer Strategien für die Bewältigung von Zukunftsaufgaben wie dem Klimawandel, dem Energieproblem und dem europäischen Standortwettbewerb. Die Gespräche, die Ministerinnen und Minister der LINKEN wie der SPD in den ersten Tagen nach ihrem Amtsantritt mit ihren Berliner Kollegen und Kolleginnen geführt haben, waren aus unserer Sicht vielversprechend.

Auch europapolitisch konnten im Landtag in wichtigen Fragen Akzente gesetzt werden – so vor allem durch den vom Landtag beschlossenen Antrag „Die Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen an Oder und Neiße in Partnerschaft und Gleichberechtigung gestalten“ sowie durch die von uns auf die Tagesordnung gesetzte Aktuelle Stunde „Gemeinsam die Zukunft gestalten - Brandenburgs Beitrag zum Gelingen der Oderpartnerschaft“.

Das Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten hat alles Notwendige eingeleitet, um die unglückliche Aufteilung des Landes in zwei unterschiedliche Förderregionen wieder aufzuheben und so die mit der Teilung verbundenen Nachteile beseitigen.

Voraussetzung einer engagierten Politik für Gemeinsinn und Erneuerung im Lande ist eine Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß. Es ist uns gelungen, gemeinsam mit der SPD für 2010 einen Landeshaushalt vorzulegen, der trotz krisenbedingt sinkender Steuereinnahmen und trotz der Belastungen durch die Politik der Bundesregierung die Finanzierung aller zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages gewährleistet und dennoch den verfassungsmäßig erlaubten Rahmen für die Aufnahme neuer Schulden nicht ausschöpft.

Darüber hinaus haben wir es geschafft, noch erhebliche Verbesserungen in kleineren Einzelposten festzuschreiben und damit z. B. die Priorität für Bildung zu untermauern. Dazu gehört die Regelung für die Musikschulen. Des weiteren bleibt der Landesjugendplan die Grundlage für die Jugendförderung, die außerschulische Jugendbildung, die internationale Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit - das Finanzierungsniveau konnte nicht nur beibehalten werden, sondern eine

maßvolle Erhöhung auf Grund der tariflichen Anpassungen konnte realisiert werden. Für den Weiterbildungsbereich wurden die Mittel um 300.000 Euro aufgestockt, um die Grundversorgung zu sichern und dem tatsächlichen Bedarf anzupassen. Diese Erhöhung war dringend erforderlich, da die Zuwendungen für den Weiterbildungsbereich seit Jahren stagnierten.

Auf unsere Initiative hin gibt es im Landeshaushalt erstmals seit 2002 wieder einen Titel für entwicklungspolitische Projektförderung.

Mit der Vorlage der Mittelfristigen Finanzplanung hat die Landesregierung einen klaren Rahmen gesteckt. Trotz schwierigster Rahmenbedingungen wollen wir schrittweise die Neuverschuldung bis 2014 auf Null zurückführen, um die Verschuldungsspirale zu beenden.

Der Grundsatz von Courage und Augenmaß wird damit aber nicht außer Kraft gesetzt, sondern gewinnt noch an Bedeutung. Das zeigen die Haushaltseckwerte für 2011. LINKE und SPD halten darin unbeirrt an den Prioritäten des Koalitionsvertrages fest, da sie das Land zukunftsfähig machen wollen. Wir wollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Kofinanzierungen zu erhalten. Die Fraktion hat sich für eine Personalbedarfsplanung stark gemacht, die wieder Nachwuchsstellen und Einstellungskorridore für Spezialisten vorsieht. Beginnend mit diesem Jahr handelt es sich um insgesamt 170 Nachwuchskräfte und 767 Stellen für Spezialisten. Die Zahl der Ausbildungs- und Anwärterstellen wurde ebenfalls erhöht: im Jahr 2010 gibt es 1.542 Ausbildungsstellen in der Landesverwaltung. So wird nach mehr als fünf Jahren wieder für die Steuerverwaltung und für den Strafvollzug ausgebildet.

2. Der heutige Tag ist ein Resultat des gestrigen ...

Die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft sind nur dann wirksam zu bewältigen, wenn man ihre Ursachen und Wurzeln kennt, ihren Werdegang verstanden hat. Dies sollte kein Gegenstand des Streits und des kurzatmigen politischen Schlagabtausches, sondern Anliegen einer gemeinsamen, Parteilinien überschreitenden Analyse sein. In diesem Sinne wollen wir in der vom Landtag eingesetzten Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg" aktiv und engagiert mitarbeiten und nach Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung unseres Landes suchen.

Die Aussöhnung der Gesellschaft ist ein hohes Gut – für alle. Wir freuen uns über den Anstoß, den Matthias Platzeck dazu im Herbst gegeben hat und der nach wie vor nicht vom Tisch ist. Wir freuen uns, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger in ihrer großen Mehrheit positiv dazu stehen und Menschen eine zweite Chance einzuräumen bereit sind, die vor inzwischen langer Zeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit zu Lasten Dritter zusammen gearbeitet haben.

Wir wissen aber auch, dass es eine solche Versöhnung nicht voraussetzungslos geben kann. Jedwede Verklärung der Missstände und der Konstruktionsfehler der DDR und des Realsozialismus insgesamt, jedwede Leugnung auch von Verbrechen und Menschenrechtsverstößen im Namen des Sozialismus stehen einer solchen inneren Aussöhnung der Gesellschaft fundamental entgegen. Ohne rigorose Offenheit, Wahrhaftigkeit und Selbstkritik auch gegenüber der eigenen Biografie kann sich niemand auf diese Bereitschaft zur Versöhnung berufen.

Wir bekunden den Opfern der politischen Verhältnisse in der DDR unseren Respekt und bemühen uns um Wiedergutmachung. Wir stellen uns unserer Verantwortung.

Die zentrale Lehre, die wir schon in der PDS aus dem Scheitern des Realsozialismus gezogen haben, besagt, dass soziale Menschenrechte und individuelle Freiheitsrechte in einem untrennbaren Zusammenhang stehen und nicht gegeneinander aufgewogen oder ausgespielt werden dürfen. Die Idee des Sozialismus kann nur demokratisch und pluralistisch entwickelt und umgesetzt werden.

Wir haben dies unserer Oppositionspolitik in Brandenburg stets zu Grunde gelegt und damit Glaubwürdigkeit und Vertrauen gewonnen. Jetzt kommt es darauf an, diese Überzeugungen in Regierungsverantwortung unter Beweis zu stellen und produktiv zu machen. Erst wenn uns auch

das gelingt, kann die zweite notwendige Voraussetzung für innere Versöhnung reifen: Die Überzeugung bei den Bürgerinnen und Bürgern, dass wir nicht nur auf Distanz zu unseren früheren Fehlern gegangen sind – sondern dass wir gelernt haben, in einer offenen, demokratischen Gesellschaft Gegenwart und Zukunft sozial und nachhaltig zu gestalten.

3. Unsere nächsten Aufgaben

Bei der weiteren parlamentarischen Arbeit haben im Jahresverlauf 2010 fünf Anliegen für uns höchste **Priorität**:

→ **Erstens**: Der praktische Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Die 1200 von mindestens 8000 ehemals langzeitarbeitslosen Brandenburgerinnen und Brandenburgern sollen ab September tariflich, jedoch nicht unter Mindestlohn-Niveau bezahlte, sozialversicherungspflichtige und überjährig wirksame Beschäftigungsverhältnisse aufnehmen. Wir wollen die Zugangshemmnisse zum ÖBS niedrig halten und legen Wert auf reguläre Arbeitsverträge ohne restriktive Eingriffe seitens der Jobcenter.

→ **Zweitens**: Die Verabschiedung eines möglichst viele öffentliche Auftraggeber erfassenden und weitestgehend rechtssicheren Vergabegesetzes (Brandenburgisches Mindestlohngesetz). In der Gesamtregion Brandenburg-Berlin dürfen die Regelungen nicht in Konflikt zueinander stehen; die Unterschiede zwischen dem Stadtstaat Berlin und dem Flächenland Brandenburg allerdings können nicht ausgeklammert werden.

→ **Drittens**: Die Mitwirkung bei der Erarbeitung und der öffentlichen Diskussion der Eckpunkte für eine Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg. Sie soll das längerfristige Handeln der Landesregierung systematisch am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ausrichten. Dazu gehören der Vorrang für die Erneuerbaren Energien und der Klimaschutz, aber auch der Umgang mit dem demografischen Wandel und weiteren Themen, die noch zu definieren und für die Ziele zu bestimmen sind. Bei der Erarbeitung und Begleitung der Nachhaltigkeitsstrategie legen wir wie die Landesregierung großen Wert auf die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen, des Landtages, des Nachhaltigkeitsbeirates, von Wirtschaft und Wissenschaft wie auf die Verständigung mit der Öffentlichkeit insgesamt.

→ **Viertens**: Einflussnahme auf Diskussion und Entscheidungsfindung zur Neugestaltung der Regelleistungen für Kinder in Hartz-IV-Familien nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. In der Koalitionsvereinbarung war eine Bundesratsinitiative zur sachgerechten und armutsfesten Grundsicherung für Kinder vereinbart.

→ **Fünftens**: Verabschiedung des Landeshaushaltes 2010 sowie des Landeshaushaltes 2011 – Gewährleistung der Finanzierung aller zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages sowie sozialer und ökologischer Standards des Landes ohne Preisgabe des Kurses auf Konsolidierung der Landesfinanzen.